

N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 31. Sitzung des Ausschusses für Petitionen und Bürgerbeteiligung (P/031/2022)

am Mittwoch, 30. März 2022,

16:00 Uhr

**im Neuen Rathaus, Plenarsaal,
Rathausplatz 1, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 16:00 Uhr
Ende der Sitzung: 17:00 Uhr

Anwesend:

Stellvertretende/-r Vorsitzende/-r
Annekatriin Klepsch

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kati Bischoffberger
Nils Kröber
Andrea Mühle

CDU-Fraktion
Manuela Graul
Steffen Kaden

Fraktion DIE LINKE.
Anja Apel
Christopher Colditz
Leo Lentz

Fraktion Alternative für Deutschland
Harald Gilke
Heiko Müller
Christian Pinkert

FDP-Fraktion
Franz-Josef Fischer

Dissidenten-Fraktion
Maximilian Aschenbach

Stellvertretende Mitglieder

Ingo Flemming
Torsten Nitzsche

Vertretung für Frau Anke Wagner
Vertretung für Frau Susanne Dagen (16:35 -
16:55 Uhr)

Abwesend:

CDU-Fraktion
Anke Wagner

SPD-Fraktion

Vincent Drews

Fraktion Freie Wähler Dresden

Susanne Dagen

Schriftführer/-in:

Frau Richter

SG Stadtratsangelegenheiten

T A G E S O R D N U N G

öffentlich

- | | | |
|------------|--|----------------------------------|
| 1 | Petitionen zur Beschlussfassung | |
| 1.1 | E-Petition „Fußweg-Neuplanung zwischen Haltestelle Beerenhut und Neunimptscher Straße gefordert“ | P0100/22
beschließend |
| 1.2 | Petition „Umgestaltung Königswaldplatz“ | P0101/22
beschließend |
| 1.3 | E-Petition „Vollumfänglicher Erhalt der Sportstätte Wurzener Straße 20“ | P0102/22
beschließend |
| 1.4 | E-Petition „Verbreiterung des Elberadweges zwischen Carolabrücke und Blauem Wunder auf Johannstädter/Blasewitzer Seite“ | P0103/22
beschließend |
| 1.5 | E-Petition „Sofortiger Stopp der Rodung und Erhaltung des Wäldchens auf dem ehemaligen Carola-Park zwischen Stauffenbergallee und Jägerstraße“ | P0104/22
beschließend |
| 1.6 | E-Petition "Keine Erhöhung der Elternbeiträge für die Betreuung von Kindern in Dresden" | P0105/22
beschließend |

nicht öffentlich

- | | | |
|------------|--|--|
| | P0105/22 - beratend federführend E-Petition "Keine Erhöhung der Elternbeiträge für die Betreuung von Kindern in Dresden" | |
| 2 | Posteingang - Zuständigkeit Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung | |
| 2.1 | E-Petition „Sichere Radverkehrsanlagen entlang der Karl-Marx-Straße in Klotzsche“ | P0106/22
1. Lesung
(beschließendes
Gremium) |
| 2.2 | Petition „Leinenzwang - Anpassung der Polizeiverordnung“ | P0107/22
1. Lesung
(beschließendes
Gremium) |
| 3 | Posteingang - Zuständigkeit Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung zur Kenntnis | |
| 4 | Sonstiges | |

öffentlich

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Petitionen und Bürgerbeteiligung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der form- und fristgemäßen Ladung.

Zur Tagesordnung:

Herr Stadtrat Colditz beantragt die Vertagung von Tagesordnungspunkt 1.1, P0100/22, E-Petition „Fußweg-Neuplanung zwischen Haltestelle Beerenhut und Neunimptscher Straße gefordert“, bis die Busverkehrsstrategie beschlossen worden sei. Außerdem sie Frau Stadträtin Wagner als Bearbeiterin erkrankt.

Herr Stadtrat Pinkert beantragt, zur nächsten Sitzung einen Vertreter des Fachamtes einzuladen, um die Sachlage zu erläutern. Nach seiner Einschätzung wäre stadteinwärts in Richtung Neunimptscher Straße ausreichend Platz vorhanden, wenn man zwei Lichtmasten versetze. Er denkt, dass Grundstück gehöre der Stadt, da das die Seite von Schloss Roßthal sei. Auch wenn kein regelgerechter Fußweg hergestellt werden könne, wäre eine „Not“-Baumaßnahme möglich. Damit hätte man auch einen Fußweg für die Bedarfslage, z. B. bei Umleitungen.

Herr Stadtrat Kaden bemerkt, dass die Petition inhaltlich entscheidungsreif sei. Wegen der krankheitsbedingten Abwesenheit von Frau Stadträtin Wagner trage er die Vertagung mit.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch stellt die Anträge punktweise zur Abstimmung:

1. Die Petition wird wegen der krankheitsbedingten Abwesenheit von Frau Stadträtin Wagner auf die nächste Sitzung vertagt.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung 14 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen

2. Zur nächsten Sitzung wird ein Vertreter des Straßen- und Tiefbauamtes eingeladen, um den Sach-/Planungsstand darzustellen.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung 4 Ja / 0 Nein / 10 Enthaltungen

Frau Stadträtin Bischoffberger beantragt ebenfalls wegen der krankheitsbedingten Abwesenheit der Bearbeiterin, Frau Stadträtin Wagner, die Vertagung von Tagesordnungspunkt 1.3, P0102/22, E-Petition „Vollumfänglicher Erhalt der Sportstätte Wurzener Straße 20“, da sie sich noch nicht verständigen konnten.

Abstimmung: Zustimmung 14 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen

Der so geänderten Tagesordnung stimmt der Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung einvernehmlich zu.

1 Petitionen zur Beschlussfassung

- 1.1 E-Petition „Fußweg-Neuplanung zwischen Haltestelle Beerenhut und Neunimptscher Straße gefordert" P0100/22
beschließend

Die Petition wurde zu Sitzungsbeginn vertagt.

- 1.2 Petition „Umgestaltung Königswaldplatz" P0101/22
beschließend

Frau Stadträtin Bischoffberger beantragt die Überweisung der Petition in den Stadtbezirksbeirat (SBR) Klotzsche, um ihn um Stellungnahme zu bitten. Im Vorfeld habe sie Rücksprache mit Mitgliedern den Initiatoren der Petition und einer Stadtbezirksbeirätin genommen. Sie halten das für ein gutes Projekt für den Stadtbezirksbeirat und haben ein gemeinsames Ziel, für den Platz eine Lösung zu finden.

Herr Stadtrat Kaden wundert sich über den Vorschlag und verweist auf die Stellungnahme des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften. Danach sei eine kurzfristige Umgestaltung des Platzes nicht möglich. Ihm sei daher nicht klar, welchen Arbeitsauftrag der SBR erhalten solle und worüber er entscheiden solle. Er hält die Überweisung nicht für sinnvoll.

Herr Stadtrat Fischer schließt sich dem an. Der SBR habe das Thema bereits besprochen, und das sei in die Petition eingeflossen.

Frau Stadträtin Apel habe sich erkundigt. Es sei im SBR nicht explizit über diesen Platz gesprochen worden. Es habe allerdings ein umfangreiches Beteiligungsverfahren zur Umgestaltung von Klotzsche stattgefunden, wobei auch eine öffentliche Veranstaltung durchgeführt worden sei. Dabei sei dieser Platz thematisiert worden.

Frau Stadträtin Bischoffberger ergänzt, dass bei der angesprochenen Aktion viele Bürger/-innen beteiligt worden seien. Es stehe die Frage im Raum, ob nicht doch eine kurzfristige Lösung für diesen Platz gefunden werden könne.

Herr Stadtrat Aschenbach fasst aus der Stellungnahme zusammen, dass die Verwaltung dem Ansinnen wohlwollend gegenüberstehe, jedoch eine kurzfristige Lösung nicht möglich sei. Insofern unterstützt er die Idee, dass der SBR einen Wunsch formuliere, was mittel- bis langfristig passieren solle.

Herr Stadtrat Fischer bestätigt, dass den Klotzschern der Platz „am Herzen liege“. Es treffe zu, dass der SBR noch nicht explizit über den Platz gesprochen habe. Die AG nachhaltig mobil, die die besagte Veranstaltung durchgeführt habe, habe Anregungen gegeben.

Er wünsche sich, dass die Verwaltung die Entwicklung des Platzes vom Radweg entkopple, um nicht so lange auf eine Lösung warten zu müssen. Es solle jetzt etwas für den Platz getan werden.

Herr Stadtrat Kaden bemerkt, dass der SBR jederzeit zu solchen Themen beraten, Initiativen vor Ort aufgreifen und in Formaten mit den Bürgern behandeln könne.

Die Aufgabe des Ausschusses für Petitionen und Bürgerbeteiligung bestehe darin, zu dieser Petition eine Antwort zu formulieren und die Entscheidung zu begründen. Er könne nicht erkennen, welchen Beitrag der SBR dazu leisten könne. Herr Bürgermeister Kühn habe mitgeteilt, dass es seitens der Verwaltung keine Möglichkeit zu einer kurzfristigen Lösung im Sinne der Petenten gebe.

Er beantragt, dem Petenten mitzuteilen, dass der Petition nicht abgeholfen werden könne und den Inhalt der Stellungnahme der Verwaltung zu übermitteln.

Unabhängig davon bestehe die Möglichkeit, aktiv zu werden und das Thema im SBR zu behandeln.

Frau Stadträtin Mühle bemerkt, dass in der Sache kein Zeitdruck bestehe, weshalb eine Beteiligung des SBRs grundsätzlich möglich sei. Dieser könne gegebenenfalls zuständige Ämter hören. Diese Initiative hält sie für wertvoll und möglicherweise käme man doch zu einer früheren Lösung. Daher unterstützt sie den Antrag von Frau Stadträtin Bischoffberger.

Herr Stadtrat Aschenbach bemerkt, dass die Überweisung der Petition an den SBR Klotzsche in Absprache mit den Petenten geschehen solle. Er spricht dafür, dem Wunsch zu entsprechen. Somit bestünde die Möglichkeit eines bilateralen Austauschs, statt den Petenten eine Absage zu erteilen.

Herr Stadtrat Kaden verweist auf die Regeln zur Behandlung von Petitionen. Es sei nicht erkennbar, worin der Arbeitsauftrag an den SBR bestehen solle. Auch könnte seines Erachtens nichts formuliert werden, worüber der SBR entscheiden solle. Mit der Überweisung würde eine Erwartungshaltung geweckt, die Herr Bürgermeister Kühn wahrscheinlich nicht erfüllen könne. Daher hält er das nicht für sinnvoll.

Frau Stadträtin Bischoffberger konkretisiert ihren Antrag:

„Die Petition wird an den SBR Klotzsche mit der Bitte einer Lösungssuche und Beschlussempfehlung für den Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung verwiesen.“

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch schließt die Diskussion und stellt den weitergehenden Antrag von Frau Stadträtin Bischoffberger zur Abstimmung.

Die Petition wird an den SBR Klotzsche mit der Bitte einer Lösungssuche und Beschlussempfehlung für den Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Verweisung

Ja 10 Nein 4 Enthaltung 0

- 1.3 E-Petition „Vollumfänglicher Erhalt der Sportstätte Wurzener Straße 20“ P0102/22 beschließend**

Die Petition wurde zu Sitzungsbeginn vertagt.

- 1.4 E-Petition „Verbreiterung des Elberadweges zwischen Carolabrücke und Blauem Wunder auf Johannstädter/Blasewitzer Seite“ P0103/22 beschließend**

Herr Stadtrat Kaden umreißt das Anliegen der Petition und den Inhalt der Stellungnahme der Verwaltung.

In einem Punkt vertrete er eine andere Meinung als die Verwaltung. Die Einhaltung der üblichen Regeln könnte stichprobenartig an konfliktreichen Punkten durchaus kontrolliert werden.

Aus den vorliegenden Informationen leitet er den Antrag ab, dass der Petition nicht abgeholfen werden könne. Der Inhalt der Stellungnahme solle dem Petenten übermittelt werden.

Frau Stadträtin Mühle bemerkt, dass es über die Breite des Radweges in der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen keine einheitliche Meinung aufgrund von Zielkonflikten zwischen Naturschutz, Erholungsfunktion etc. gebe. Sie schließt sich dem Vorschlag an.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch stellt den Antrag von Herrn Stadtrat Kaden zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Zur Begründung der Entscheidung wird der wesentliche Inhalt der Verwaltungsstellungnahme in der Antwort an den Petenten übermittelt und ist im Ratsinformationssystem abrufbar (Link <https://ratsinfo.dresden.de>).

Abstimmungsergebnis: Zustimmung - Petition nicht abgeholfen
Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0

- 1.5 E-Petition „Sofortiger Stopp der Rodung und Erhaltung des Wäldchens auf dem ehemaligen Carola-Park zwischen Stauffenbergallee und Jägerstraße“ P0104/22 beschließend**

Frau Stadträtin Bischoffberger verweist auf den Antrag A0314/22 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, das Grundstück als Grünzug zu erhalten und wieder aufzuforsten.

Laut Rücksprache mit den Petenten seien auf dem Grundstück viele Bäume mit einem Mal gefällt worden. Die Zahl der Petitionen verdeutliche, wie wichtig den Menschen in der Umgebung das Wäldchen sei. Sie beantragt eine öffentliche Anhörung mit der Unteren Forstbehörde zur Frage, wie das passieren könne. Das sei eine grundsätzliche Frage, zu der die Verwaltung Stellung nehmen solle. Die Petenten sollten ebenso dazu geladen werden.

Herr Stadtrat Kaden bemerkt, dass aus der Stellungnahme leider kein Hinweis hervorgehe, warum diese Bäume gefällt worden seien. Laut Stellungnahme sei die Maßnahme anzeige- und genehmigungsfrei nach dem Sächsischen Waldgesetz zulässig. Gleichwohl interessiere ihn, warum die Bäume gefällt worden seien.

Er erinnert an die Fällungen von über 2.000 Bäumen im Waldpark. Damals sei weder eine Anhörung erfolgt, noch nach seiner Kenntnis eine Petition eingegangen. Dort sei der Grund, die Erkrankung der Bäume, bekannt gewesen.

Er beantragt, der Petition nicht abzuhelpfen und gleichzeitig bei der Verwaltung nachzufragen, ob der Grund der Fällung bekannt sei.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch stellt den weitergehenden Antrag von Frau Bischoffberger zur Abstimmung:

Die Petition wird vertagt und in der nächsten Sitzung wird eine Anhörung der Unteren Forstbehörde und der Petenten durchgeführt.

Abstimmungsergebnis: Ablehnung 7 Ja / 7 Nein / 0 Enthaltungen

Damit stellt sie den Antrag von Herr Stadtrat Kaden zur Abstimmung, der auf Antrag von **Herrn Stadtrat Gilke** punktweise abgestimmt wird:

Beschluss:

1. Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Zur Begründung der Entscheidung wird der wesentliche Inhalt der Verwaltungsstellungnahme in der Antwort an den Petenten übermittelt und ist im Ratsinformationssystem abrufbar (Link <https://ratsinfo.dresden.de>).

Abstimmungsergebnis: Zustimmung – Petition nicht abgeholfen
8 Ja / 6 Nein / 1 Enthaltung¹

2. Der Oberbürgermeister wird um Auskunft gebeten, ob der Verwaltung der Grund der Fällung der Bäume bekannt ist und wenn ja, diesen Grund dem Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung mitzuteilen.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung
8 Ja / 3 Nein / 4 Enthaltung

1.6 E-Petition "Keine Erhöhung der Elternbeiträge für die Betreuung von Kindern in Dresden"

**P0105/22
beschließend**

Frau Stadträtin Graul beantragt, dass der Petition teilweise abgeholfen sei, weil der Stadtrat am vergangenen Donnerstag eine Satzungsänderung beschlossen habe.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch weist darauf hin, dass die Petition fordere, von jeglichen Elternbeiträgen abzusehen. Das erfülle der Stadtratsbeschluss nicht.

Frau Stadträtin Apel bemerkt, dass der Petition nicht abgeholfen werden könne, da der Stadtratsbeschluss etwas Anderes besage als die Petition. Außerdem werde eine gemeinsame Initiative des Stadtrates gewünscht, eine Kostenfreiheit beim Land zu fordern. Auch diese gebe es nicht.

Herr Stadtrat Nitzsche bestätigt die Aussage von Frau Stadträtin Apel. Es handele sich um eine grundsätzliche Frage. Die Thematik betreffe sehr viele Bürger in Dresden. Er beantragt die Hebung der Petition in den Stadtrat.

Frau Stadträtin Mühle weist auf die Verwaltungsstellungnahme, wonach sich die Petition unter Berücksichtigung des gefassten Beschlusses erledigt habe, weil damit abschließend über die Erhöhung der Elternbeiträge entschieden worden sei.

Außerdem könne sich der Stadtrat erst wieder nach sechs Monaten mit der gleichen Thematik befassen (siehe Paragraf 36 Absatz 3 Satz 4 SächsGemO).

Herr Stadtrat Nitzsche bemerkt, dass der Teilaspekt der Petition, die Kostenübernahme vollumfänglich vom Land zu verlangen, kein Beschluss des Stadtrates gewesen sei.

Herr Stadtrat Kaden bemerkt, dass im Zusammenhang einer Hebung zu debattieren sei, was dem Petenten mitgeteilt werde, also ob der Petition abgeholfen, nicht abgeholfen oder teilweise abgeholfen sei. Man käme wahrscheinlich zu dem Ergebnis, dass der Petition aufgrund des Stadtratsbeschlusses nicht abgeholfen werden könne.

Eine andere Diskussion werde es wegen der sechsmonatigen Sperrfrist nicht geben. Die einzige Debatte könne sein, ob man sich beim Land für etwas einsetze.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch bestätigt das. Sie weist auf eine Diskrepanz zwischen der Stellungnahme aus dem Geschäftsbereich Bildung und Jugend und der Petition hin. Die Petition fordere den Verzicht jeder Erhöhung von Elternbeiträgen, während die Beschlussempfehlung des Jugendhilfeausschusses, welcher der Stadtrat gefolgt sei, letztlich eine Begrenzung der Kostensteigerung der Elternbeiträge beinhalte. In der Konsequenz sei festzustellen, dass der Petition nicht abgeholfen werden könne.

Herr Stadtrat Kaden berichtet, dass sich die CDU-Fraktion zu dem Thema ausgetauscht habe. Frau Stadträtin Graul habe vorgeschlagen, dass der Petition teilweise abgeholfen sei, weil der Verwaltungsvorschlag eine höhere Beitragssteigerung vorgeschlagen habe, als der Stadtrat letztlich beschlossen habe. Insofern sei in der Debatte etwas herausgekommen, was dem Petenten mehr entgegenkomme. Letztlich stehen die Mitglieder der CDU-Fraktion jedoch auch dem Vorschlag offen gegenüber, wenn die Mehrheit zu dem Schluss käme, der Petition könne nicht abgeholfen werden.

Frau Stadträtin Graul bestätigt das. Sie betont, dass es keine Garantie gebe, dass die Elternbeiträge nicht erhöht würden.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch macht darauf aufmerksam, dass der Vorschlag, der Petition könne nicht abgeholfen werden, der inhaltlich weitergehende Antrag sei und zuerst abzustimmen wäre.

Herr Stadtrat Gilke verweist darauf, dass der Antrag auf Hebung in den Stadtrat der weitergehende Antrag sei und zuerst abzustimmen sei. Er gibt zu Protokoll, dass ansonsten Minderheitenrecht gebrochen würde. Dies rügt er ausdrücklich.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch verweist darauf, dass sich der Ausschuss noch in der inhaltlichen Debatte der Stellungnahme sowie der Petition befinde. Sie widerspricht dem Vorwurf, Minderheitenrecht auszubremsen.

Sie verweist auf die 6-Monatsfrist, während dieser Themen nicht wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden. Insofern sei nicht damit zu rechnen, dass zeitnah über die Elternbeiträge gesprochen werde. Der Beschluss des Stadtrates trete insofern in Kraft. Im Stadtrat sei daher nur zu debattieren, ob der Petition abgeholfen sei oder nicht.

Unabhängig von der Frage, ob der Petition abgeholfen worden sei oder nicht, so **Herr Stadtrat Nitzsche**, wisse man, dass ein großer Teil der Petition, vor allem die Initiative des Dresdner Stadtrates, nicht auf der Tagesordnung gestanden habe und auch kein Thema im Stadtrat gewesen sei. Dieser Teil müsse im Stadtrat entschieden werden. Hinfällig wäre das daher nicht.

Herr Stadtrat Kaden verweist auf andere Petitionen, in denen der Oberbürgermeister um etwas gebeten worden sei. Das könne auch im Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung beantragt werden, hier zum Beispiel, mit dem Land in Verhandlungen einzutreten, ob das Land bereit wäre, diese Beiträge zu übernehmen. Damit käme man dem Wunsch des Petenten nach.

Herr Stadtrat Nitzsche orientiert sich an der Petition, die eine Initiative des Stadtrates fordere.

Herr Stadtrat Kaden sieht das mit dem Auftrag an den Oberbürgermeister als erfüllt an, da er Vorsitzender des Stadtrates und gleichzeitig Leiter der Verwaltung sei. Der Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung sei vom Stadtrat mit der Bearbeitung von Petitionen beauftragt, sodass dem Anliegen des Petenten Rechnung getragen würde.

Herr Stadtrat Nitzsche betont, dass sein Antrag auf Hebung in den Stadtrat auf einen Beschluss des Stadtrates abziele.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch fasst die Sachlage zusammen: Der Stadtrat habe in seiner letzten Sitzung eine Satzung mit Anpassung der Elternbeiträge für die Kindertagesbetreuung beschlossen. Infolge der Beschlussempfehlung des Jugendhilfeausschusses sei der Verwaltungsvorschlag modifiziert worden. Darüber könne der Stadtrat nicht noch einmal zeitnah befinden.

Sie schlussfolgert, dass sich der Stadtrat daher nur noch mit der Frage auseinandersetzen könne, ob eine gemeinsame Initiative gegenüber dem Freistaat Sachsen initiiert werde, sich für die grundsätzliche Entgeltfreiheit einsetzen zu wollen.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, sodass sie den Antrag von Herrn Stadtrat Nitzsche auf Hebung der Entscheidung nach § 41 Abs. 3 der Sächsischen Gemeindeordnung zur Abstimmung stellt.

Der Antrag erhält mit vier Ja-Stimmen (bei 11 Nein-Stimmen) das erforderliche Quorum.

Frau Zweite Bürgermeisterin Klepsch stellt fest, dass der Ausschuss damit beratend tätig werde und damit in die Nichtöffentlichkeit eintrete.

Sie schließt den öffentlichen Sitzungsteil.

Annekatri Klepsch
Vorsitzende

Manuela Richter
Schriftführerin

Manuela Graul
Stadträtin

Franz-Josef Fischer
Stadtrat